



Mehrsprachigkeit als Chance sehen

Sprachwissenschaftler, Soziologen und Psychologen wollen sprachliche Hürden identifizieren, die eine Integration erschweren.

Wer nicht gut Deutsch spricht und schreibt, der kann hierzulande kaum am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Alle Experten sind sich einig: Sprachprobleme sind ein großes Hindernis für die Integration von Zuwanderern. Um das zu ändern, hat die Stiftung Mitte 2007 insgesamt 1,4 Millionen Euro für drei Studiengruppen bewilligt, die sich dem Thema „Struktur und Wandel von Sprache“ vor dem Hintergrund von Migration und Integration annehmen. Die Experimentierfelder der Forscher sind Schulen, Betriebe und Behörden.

Wer schon mal einen „Antrag auf Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht“ gestellt hat, weiß, wie sich Ratlosigkeit anfühlt. Was soll man sich etwa unter einem „neuartigen Rundfunkempfangsgerät“ vorstellen? Handelt es sich bei einem „Empfänger von Grundsicherung im Alter“ vielleicht um einen Rentner? Und wo, bitte schön, findet man seine „Rundfunkteilnehmer-Nr.“? „Man braucht nicht nur weit entwickelte sprachliche Fähigkeiten, sondern auch Hintergrundwissen über die beteiligte Institution, um einen derartigen Antrag ausfüllen zu können“, betont Dr. Uta Quasthoff, Professorin am Institut für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Dortmund. Die schriftliche Kommunikation mit Behörden ist schon für Muttersprachler eine Herausforderung. Für Einwanderer mit geringen Deutschkenntnissen jedoch kann der Schriftwechsel mit Ämtern eine unüberwindbare Hürde darstellen. Als Folge entwickeln die Betroffenen Vermeidungsstrategien; sie antworten nicht auf Schreiben oder delegieren lästigen Behördenkram an Verwandte. „So hat man natürlich geringere Chancen, seine Interessen durchzusetzen und seine Autonomie zu wahren“, erläutert die Sprachwissenschaftlerin. „Man übersieht relevante Informationen oder erleidet materielle Nachteile.“

„In Deutschland haben wir in den letzten Jahrzehnten einiges verpasst“, sagt Uta Quasthoff. Da jahrzehntelang verdrängt worden sei, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist, fehle zum Beispiel eine Kultur der Wertschätzung von Mehrsprachigkeit. Das sei fatal, denn wie eingangs gezeigt, drängten mangelnde Fähigkeiten etwa im Umgang mit Schriftlichkeit Menschen in unserer schriftsprachlich orientierten Gesellschaft schnell an den Rand: „Das ist eine Integrationsbarriere par excellence“, bringt es Uta Quasthoff noch einmal auf den Punkt. In ihrem von der VolkswagenStiftung mit rund 500.000 Euro geförderten Vorhaben „Schreiben zwischen Sprachen und Kulturen: Ressource und Hemmnis der Integration“ will sie daher gemeinsam



Wie lässt sich für Einwanderer die Kommunikation mit Behörden verbessern? Eine Herausforderung, der sie sich stellen (von links): Professor Dr. Ludger Hoffmann, Professorin Dr. Uta Quasthoff und Diplomkaufmann Diplomvolkswirt Nils Kremeskötter.

Untersuchungen über Sprachbeherrschung als Integrationsfaktor: Dott. Matilde Grünhage-Monetti (Zweite von links) und eine Projektmitarbeiterin führen mit Cafébetreiber Antonio Jacino und Küchenchef Ram Nath im Mozart Café in Frankfurt am Main ein Interview zum Thema „Deutsch am Arbeitsplatz“.



LiLaC – Literacy between Languages and Cultures – haben sie ihr Projekt genannt: Zum Forschungsteam in Dortmund gehören die Sprachwissenschaftler Annette Herkenrath, Professor Dr. Ludger Hoffmann, Professorin Dr. Uta Quasthoff (hinten von links) und Sören Ohlhus, Nicole Hinrichs, Nils Kremeskötter (vorn von links).

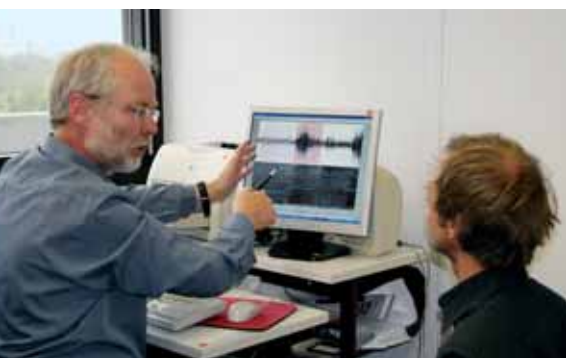
mit ihren Dortmunder Kollegen Professor Dr. Ludger Hoffmann und Professor Dr. Dr. Michael Kastner Abhilfe schaffen. Ziel der Forscher ist es, Konzepte zur Unterstützung von Einwanderern und benachteiligten „Einsprachigen“ bei der Behördenkommunikation zu entwickeln – sei es etwa durch vereinfachte oder übersetzte Formulare, professionelle Hilfe beim Ausfüllen oder durch maßgeschneiderte Fortbildungsangebote.

Zurzeit sind Quasthoff und ihre Kollegen noch bei der notwendigen empirischen Analyse: Sie wollen herausfinden, welche Erfahrungen ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligte Einwanderer aus der Türkei und deren Nachfahren sowie Einsprachige aus vergleichbaren Milieus im Umgang mit Behörden haben, welche Verbesserungen sie für sinnvoll halten und welche Probleme besonders häufig auftauchen. Dafür hat das Team in einigen sozialen Brennpunkten des Ruhrgebiets Fragebogen verteilt. „Durch den Vergleich der beiden Gruppen wollen wir ermitteln, welcher Anteil der Probleme auf die Mehrsprachigkeit und die Migrationsbiografie zurückgeht und welcher auf einen niedrigen Bildungsstand oder andere Formen der Benachteiligung“, erläutert Uta Quasthoff. Gut 400 ausgefüllte Fragebogen haben die Forscher inzwischen zurückbekommen, die Auswertung läuft noch. Aus dieser Gruppe an Teilnehmern will das Team anschließend 48 Personen für umfassende autobiografische Interviews auswählen, möglichst jeweils Vertreter von drei Generationen einer Familie. „Wir wollen zum einen die sprachlichen Fähigkeiten der verschiedenen Altersgruppen erfassen, zum anderen aber auch herausfinden, wie sich bestimmte Faktoren auf den Umgang mit Behörden auswirken – etwa der Bildungsweg, das Geschlecht, die Lebensgeschichte.“ Eruiert wird auch die Selbstwahrnehmung hinsichtlich der Frage, ob man sich in der Mitte der Gesellschaft sieht oder eher an deren Rand.

Durch die Befragung über die Generationen hinweg hoffen die Dortmunder Forscher feststellen zu können, wie sich Perspektiven und Einstellungen innerhalb der Einwandererfamilien verändern. Aus den Interviews wollen sie schließlich Verbesserungsvorschläge destillieren, die wirklich praxistauglich sind. Dieses Verständnis eint die Beteiligten aller drei „Studiengruppen zu Migration und Integration“, die sich dem übergeordneten Themenfeld „Struktur und Wandel der Sprache“ annehmen. Zunächst untersuchen sie, an welchen Stellen sprachliche Probleme die Integration behindern. Im Anschluss sollen die Erkenntnisse helfen, gesellschaftliche Prozesse ganz praktisch so zu verändern, dass die Integration von Zuwanderern erleichtert wird.

Das gilt auch für das Vorhaben von Professor Dr. Michael Bommers vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Er und seine Kollegen interessieren sich dafür, wie Kinder in Deutschland und der Türkei das Schreiben erst einmal erlernen – und wie die Organisation Schule in beiden Ländern diesen Prozess beeinflusst. „Schriftspracherwerb in der Organisation Schule unter den Bedingungen von Migration und Mehrsprachigkeit“ heißt das Projekt, das von der Stiftung mit

Professor Dr. Ludger Hoffmann und Nils Kremeskötter diskutieren die akustische Analyse einer Äußerungsintonation.



658.000 Euro gefördert wird. Den ersten großen Schritt haben die Forscher schon getan, denn im Sommer 2008 schlossen die Soziologin Inken Sürig, der Sprachwissenschaftler Dr. Ulrich Mehlum und die beiden Linguistinnen Anja Boneß und Helena Olfert vom IMIS ihre einjährige Feldforschung ab.

Ein Jahr lang beobachteten sie eine erste und eine siebte Klasse in Duisburg-Rheinhausen für jeweils zwei Stunden pro Woche mit fünf Videokameras, protokollierten den Stundenverlauf, kopierten Hausaufgaben und Klassenarbeiten. In beiden Klassen wächst ein Drittel der Schüler mehrsprachig auf, die meisten davon sprechen zu Hause Türkisch. Für sie, so vermuten die Forscher, ist das Schreibenlernen besonders schwer, weil die Unterrichtssprache nicht ihre Erstsprache ist. Mit der Studie will das IMIS-Team minutiös aufklären, wie Schüler lernen, Laute in Buchstaben zu übertragen, wie sie zwischen mündlicher und schriftlicher Sprache unterscheiden und wie sie sich eine differenzierte schriftliche Ausdrucksweise aneignen. Beim schulischen Erfolg spielen aber auch soziologische Faktoren eine Rolle – etwa, wie leicht es einem Kind fällt, sich in die Schülerrolle einzufügen. Den sozialen Hintergrund ermitteln die Forscher durch ausführliche Interviews mit sechs deutsch- und sechs türkischsprachigen Schülern aus jeder Klasse und deren Eltern. „Dadurch wollen wir zum Beispiel untersuchen, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Bildungshintergrund des Elternhauses und dem Rollenverhalten des Kindes im Klassenverband gibt“, erläutert Inken Sürig. Am Ende wollen sie und ihre Kollegen anhand der erhobenen Daten jene wesentlichen Faktoren identifizieren, die Schulkindern den Einstieg in die Schriftsprache erleichtern.

Zurzeit wertet das Team die Aufzeichnungen aus, doch einige Erkenntnisse haben die Forscher bereits gewonnen. So waren sie erstaunt, wie wenig die Duisburger Siebtklässler überhaupt schreiben mussten. „Es blieb den Schülern auch weitgehend selbst überlassen, ob sie sich im Unterricht zusätzliche Aufzeichnungen machen wollten oder nicht“, berichtet Ulrich Mehlum. Das IMIS-Team stellte zudem fest, dass Schüler, die Schwierigkeiten hatten, sich fehlerfrei auszudrücken, oft trotzdem rege am Unterricht teilnahmen – offenbar hemmten mangelnde sprachliche Fähigkeiten die Schüler nicht bei der mündlichen Mitarbeit. Sprachliche Defizite registrierten die Forscher sowohl bei deutsch- als auch bei mehrsprachigen Kindern, wobei ihnen der ausgeprägte Arbeitseifer vieler Migrantenkinder ins Auge sprang.

In der Türkei hat eine Gruppe um Professor Dr. Christoph Schroeder von der Istanbul Bilgi University parallel zu der Osnabrücker Gruppe eine methodisch identische Studie in einem Istanbul Stadtteil mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil durchgeführt. Von dem Vergleich verspricht sich das internationale Forscherteam viele interessante Einblicke – unter anderem, weil Bildung in beiden Ländern eine ganz unterschiedliche Tradition hat. „In der Türkei ist zum Beispiel noch keine vollständige Alphabetisierung erreicht, so dass dem Erwerb der Schriftsprache eine viel größere kulturelle Bedeutung zukommt und mit gesellschaftlichem Erfolg assoziiert wird“, erläutert Mehlum.



Zurück in die Schule hieß es für die Osnabrücker Migrationsforscher um Professor Dr. Michael Bommes (links), denn sie wollen den Schriftspracherwerb von türkischstämmigen Kindern analysieren. Mit im Team (von links): Privatdozent Dr. John Peterson, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Inken Sürig und Anja Boneß, Helena Olfert sowie Dr. Ulrich Mehlum.

Für den beruflichen Erfolg spielen sprachliche Fähigkeiten auch in Deutschland eine entscheidende Rolle – und das nicht nur bei Tätigkeiten, die eine hohe Qualifikation erfordern. „Selbst von Geringqualifizierten werden relativ komplexe sprachliche Fähigkeiten verlangt“, lautet die Erkenntnis von Dott. Matilde Grünhage-Monetti vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung in Bonn. Gemeinsam mit Professor Dr. Hermann Funk von der Universität Jena und Dr. Martin Hartung vom Institut für Deutsche Sprache leitet die aus Italien stammende Anglistin eine von der VolkswagenStiftung mit 250.000 Euro geförderte Studiengruppe zum Thema „Deutsch am Arbeitsplatz“. In Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen Braunschweig und Wien sowie der Henkel KGaA will das Forscherteam Bildungsinstitutionen und Arbeitgebern Instrumente an die Hand geben, mit denen sich ermitteln lässt, welche sprachlichen Anforderungen ein Arbeitsplatz an einen Mitarbeiter stellt.

„Bislang bauen Sprachkurse kaum auf authentischer mündlicher Kommunikation auf, sondern richten sich eher nach der Schriftsprache“, berichtet Grünhage-Monetti. Das soll sich ändern. Dazu zeichnen die Forscher in Betrieben aus dem Produktions- und dem Pflegebereich – hier haben viele Beschäftigte einen Migrationshintergrund – Gespräche aus dem betrieblichen Alltag auf, analysieren diese und führen Interviews mit Mitarbeitern und Vorgesetzten. So wollen die Forscher zum einen die verwendete Sprache und die erforderlichen kommunikativen Kompetenzen für eine langfristige und erfolgreiche berufliche und soziale Integration ermitteln, zum anderen die unterschiedlichen Einschätzungen und Erwartungen aller Beteiligten.

Von Personalentwicklern hört Grünhage-Monetti oft Aussagen wie: „Unsere Mitarbeiter müssen nicht viel sprechen, die sollen arbeiten.“ Tatsächlich seien aber beispielsweise in allen Berufen, insbesondere in solchen mit Kunden-

Studiengruppen zu Migration und Integration

Das im Sommer 2003 aufgelegte Förderangebot der Stiftung zu den „Studiengruppen zu Migration und Integration“ soll bei dem in Deutschland anstehenden Umdenken der Ausländerpolitik in Richtung auf eine Integrationspolitik helfen. Ziel ist es, dass Forscher ihre wissenschaftlichen Arbeiten im Dialog mit Vertretern relevanter Praxisfelder vornehmen, um auf diese Weise auch die öffentliche Debatte zu verändern. Entsprechend bündeln die inzwischen zwölf Studiengruppen – jeweils bezogen auf ihr Thema – die relevanten Kompetenzen aus verschiedenen Disziplinen und Praxisfeldern. Ende 2004 waren in einer ersten

Ausschreibungsrunde insgesamt rund fünf Millionen Euro für acht „Studiengruppen zu Migration und Integration“ bewilligt worden, die seitdem verschiedene Themen in den Feldern Bildung, Wirtschaft und Partizipation bearbeiten. Die Ende 2005 beschlossene zweite Ausschreibungsrunde richtete sich auf die Themenfelder „Migration und Organisation“ sowie „Struktur und Wandel der Sprache“. Letztlich wurden im März 2007 vier weitere Studiengruppen für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren eingerichtet – darunter jene drei zum Themenfeld „Struktur und Wandel der Sprache“, die hier vorgestellt werden. (cj)

kontakt, komplexe Sprachfähigkeiten erforderlich. Und selbst bei angelegerten Tätigkeiten – etwa im Pflegebereich oder bei der Gebäudereinigung – werden in Sicherheitsschulungen oder in Konfliktsituationen hohe sprachliche Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt. „Und in jedem Gespräch gibt es neben der Sach- immer auch noch eine Beziehungsebene, die über den reinen Austausch von Informationen hinausgeht“, erläutert die Forscherin. Höflichkeitsformeln, korrekte Aussprache und eine richtige Intonation, das haben die Untersuchungen von Grünhage-Monettis Team ergeben, sind zum Beispiel in Pflegeberufen von großer Bedeutung. „Gerade Demenzkranke reagieren schnell aggressiv, wenn sie etwas nicht verstehen oder den Gesprächspartner als unhöflich empfinden“, sagt die Wissenschaftlerin. Sie hält es daher für wichtig, Sprachkurse für Migranten auf den jeweiligen Arbeitsplatz zuzuschneiden – auch damit diese das Gelernte unmittelbar anwenden können.

Dass man sich sogar dann nicht immer richtig versteht, wenn man die gleiche Sprache spricht, wissen die Forscher aller drei Gruppen aus eigener Erfahrung. Da die Studiengruppen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachgebiete vereinen, gibt es schon mal Verständigungsprobleme. „Häufig hat derselbe Begriff zum Beispiel in der Soziologie und der Linguistik eine völlig andere Bedeutung“, sagt Uta Quasthoff. Es koste Zeit, einander zu verstehen, man müsse sich schon zusammenraufen. Doch wenn eine gemeinsame Basis geschaffen sei, eröffneten sich – ähnlich wie beim Lernen einer neuen Sprache – ganz neue Perspektiven. „Durch Interdisziplinarität erschließen sich Forschungsfelder, die man aus dem Blickwinkel einer einzelnen Disziplin nie hätte angehen können“, fügt Quasthoff hinzu. Die drei Projekte zum Thema „Struktur und Wandel der Sprache“ sind da ein gutes Beispiel.

Ute Kehse



Blacenka Durkovic (Bild oben, rechts) arbeitet als Bedienung in einem Café: Wie sie und andere ausländische Arbeitnehmer mit ihren Sprachkenntnissen im Alltag zurecht kommen, ermittelte Studiengruppenleiterin Dott. Matilde Grünhage-Monetti (links) bei vielen Gesprächen. Die Forscherin will auf der Basis ihrer Interviews Instrumente entwickeln, die eine erfolgreiche berufliche und soziale Integration durch Sprachkompetenz fördern. Mit dabei im Team (Bild unten, von links): Kristina Harten, Sabina Hussain, Susanne Meermann und Thorben Wist.

Sachverständigenrat für Integration und Migration

Als Gemeinschaftsprojekt haben acht deutsche Stiftungen aus der Mitte der Zivilgesellschaft als unabhängiges wissenschaftliches Expertengremium einen „Sachverständigenrat für Integration und Migration“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Empfehlungen zu begleiten. „Den Beteiligten geht es darum, sich zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema zusammenzufinden und Lösungsansätze zu entwickeln“, erläutert Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär der VolkswagenStiftung. Dem Sachverständigenrat gehören neben dem Vorsitzenden Professor Dr. Klaus J. Bade acht weitere Mitglieder an: als stellvertretende Vorsitzende Professorin Dr. Ursula Neumann, Universität Hamburg, sowie Professor Dr. Michael Bommers, Universität Osnabrück, Professor Dr. Heinz Faßmann, Universität Wien, Professorin Dr. Yasemin Karakaolu, Universität Bremen, Professorin Dr. Christine Langenfeld, Universität Göttingen, Professor Dr. Werner Schiffauer, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Professor Dr. Thomas Straubhaar, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, und Professor Dr. Steven Vertovec, Max-Planck-Institut Göttingen.

(cj)